

Offener Brief an Bürgermeister, Waldbesitzer, Planungsverbände und Windkraftbetreiber

März 2026

AN

Alle Bürgermeister, Gemeinderäte, Waldbesitzer, Planungsverbände und Betreiberfirmen, die Windkraftanlagen in deutschen Wäldern planen, befürworten oder dulden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns heute an Sie – nicht mit einer Petition, nicht mit einer Unterschriftenliste, nicht mit dem üblichen Schreiben, das man liest, abheftet und vergisst. Wir wenden uns an Sie mit einer Frage, die wir Ihnen direkt, persönlich und ohne diplomatische Umschreibung stellen möchten: Was genau rechtfertigt es, unsere Wälder für Windräder zu opfern, deren wirtschaftliche Grundlage längst weggefallen ist?

Wir sind Bürgerinnen und Bürger. Wir wohnen in den Gemeinden, in denen Sie Entscheidungen treffen. Wir bezahlen mit unseren Steuern die Fördergelder, mit denen Windparkbetreiber über Jahrzehnte alimentiert wurden. Und wir gehen in die Wälder, die Sie gerade dabei sind, unwiederbringlich zu zerstören. Wir kennen diese Wälder. Wir ken-

nen die Bäume, die Wege, das Licht zwischen den Stämmen am frühen Morgen. Und wir werden nicht schweigen, während man uns erzählt, das alles sei ein notwendiges Opfer für die Energiewende.

An die Bürgermeister und Gemeinderäte

Sie wurden gewählt, um Ihre Gemeinde zu vertreten. Nicht die Interessen von Projektentwicklern, die mit fertig gezeichneten Plänen in Ihre Büros kommen. Nicht die Interessen von Fonds, die Rendite suchen und dafür Windräder in Schwachwindgebiete stellen wollen, in denen sie sich nach allen aktuellen Marktdaten schlicht nicht rechnen.

Wir wissen, dass Sie unter Druck stehen. Wir wissen, dass Flächenziele von oben vorgegeben werden, dass Bundesgesetze Genehmigungsverfahren beschleunigen sollen, dass Ihnen mancherorts gesagt wird, Sie hätten gar keine Wahl. Doch Sie haben eine Wahl. Sie haben die Pflicht, genau hinzuschauen. Sie haben die Pflicht, Zahlen zu prüfen – und nicht einfach zu unterschreiben, was man Ihnen vorlegt.

Haben Sie die aktuellen Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur gesehen? Wissen Sie, dass der anzulegende Wert für Windstrom von 11,39 Cent auf 9,39 Cent pro Kilowattstunde gefallen ist – ein Einbruch von 18 Prozent? Wissen Sie, dass im vergangenen Jahr 652 Stunden Negativstrompreise registriert wurden, in denen Windkraftbetreiber keine EEG-Förderung mehr erhalten? Wissen Sie, was das für die Rentabilität der Projekte bedeutet, die man Ihnen gerade zur Genehmigung vorlegt?

Falls Sie das nicht wissen: Das ist ein Problem. Denn es bedeutet, dass die Kalkulationen, die Ihnen Projektentwickler präsentieren, auf Annahmen beruhen, die der Markt längst widerlegt hat. Wenn der Betreiber in die Insolvenz geht, bleibt der Betonsockel im Waldboden. Der

Rückbau bleibt am Ende an der Gemeinde hängen. An Ihnen. An uns. Fordern Sie unabhängige Gutachten. Fragen Sie, was passiert, wenn der Betreiber in zehn Jahren nicht mehr existiert. Wenn Sie keine zufriedenstellende Antwort bekommen, dann ist das Ihre Antwort.

An die Waldbesitzer

Wir verstehen Sie. Wirklich. Wer einen Wald besitzt, kennt auch die Last, die damit verbunden ist. Pflegekosten, Borkenkäfer, Sturmschäden, sinkende Holzpreise. Und dann kommt jemand und bietet Ihnen eine Pacht, die verlässlicher klingt als alles, was der Forst in den letzten Jahren eingebracht hat. Das ist verlockend. Das wäre es für jeden.

Aber wir bitten Sie: Lesen Sie den Vertrag. Den ganzen Vertrag. Lassen Sie ihn von einem unabhängigen Anwalt prüfen, der keinerlei Verbindung zur Windkraftbranche hat. Schauen Sie genau hin, was in den Klauseln zur Rückbauverpflichtung steht – und wer am Ende haftet, wenn das Geld dafür nicht da ist. Das Risiko, das Sie eingehen, ist real. Der Windparkentwickler Abo Energy – seit 1996 am Markt, einer der etabliertesten der Branche – hat im vergangenen Jahr erstmals in seiner Geschichte einen Jahresverlust eingefahren: 170 Millionen Euro. Was das für kleinere Betreiber bedeutet, muss man nicht lange erklären.

Ihr Wald ist mehr wert als eine Pacht, die in einem insolventen Windparkprojekt endet. Ihr Wald ist das Kapital Ihrer Familie, vielleicht über Generationen. Er wächst langsam. Was man in ihm baut, zerstört ihn schnell. Und was zerstört ist, kommt nicht zurück – nicht in Ihrer Lebenszeit, nicht in der Ihrer Kinder.

An die Planungsverbände und Regionalplaner

Sie haben eine technische, eine planerische Aufgabe. Wir respektieren das. Aber Planung bedeutet, die Realität zu

berücksichtigen – und die Realität hat sich verändert. Schwachwindgebiete in Bayern und Baden-Württemberg liefern nicht die Erträge, die in den Planungsunterlagen stehen. Das ist keine politische Meinung. Das sind Physik und Finanzmathematik. Eine Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde reicht schlicht nicht aus, um ein wirtschaftlich tragfähiges Windkraftprojekt zu betreiben.

Wir fragen Sie: Welchen Sinn hat es, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen, die sich nach allen verfügbaren Daten nicht rechnen werden – und dafür Waldflächen zu opfern, die ökologisch, klimatisch und gesellschaftlich von unschätzbarem Wert sind?

Ein Wald bindet CO₂, kühlt seine Umgebung, filtert das Grundwasser, schützt vor Erosion und bietet Lebensraum für hunderte Tier- und Pflanzenarten. Ein Windrad in einem Schwachwindgebiet produziert in einem Drittel der Zeit gar keinen Strom – und rechtfertigt dafür den dauerhaften Verlust dieser Ökosystemleistungen. Das ist keine seriöse Abwägung. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Natur.

An die Projektentwickler und Betreiberfirmen

Mit Ihnen wollen wir besonders direkt sprechen. Denn bei Ihnen beginnt und endet die Kette, um die es hier geht. Sie präsentieren Bürgermeistern Hochglanzfolien mit Versorgungszahlen, die jeder Ingenieur als irreführend bezeichnen würde. Sie beauftragen Windgutachten bei Büros, die erfahrungsgemäß eher im oberen Bereich der Wahrscheinlichkeitsspanne rechnen. Sie legen Investoren Verkaufsprospekte vor, in denen auf Seite 16 in kleiner Schrift steht, dass ein Totalverlust bis hin zur Privatinsolvenz möglich ist – und auf Seite 2 steht die schöne Grafik mit den stabilen Erträgen.

Wir fordern Sie auf: Rechnen Sie ehrlich. Stellen Sie

*vollständige, ungeschönte
Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Verfügung – nicht
nur für Ihre Investoren, sondern auch für die Gemeinden
und Grundstückseigentümer, mit deren Ressourcen Sie Ihre
Projekte umsetzen. Wenn Sie das nicht tun, tun wir es.
Wir werden die Zahlen öffentlich machen.*

Sie gehen in die Wälder – unsere Wälder – und fällen Bäume, die älter sind als Ihr Unternehmen. Sie gießen Betonfundamente, die tiefer reichen als jede Rückbaurücklage, die Sie angelegt haben. Wenn das Projekt scheitert, sind Sie weg. Das Fundament bleibt. Der zerstörte Wald bleibt. Die Gemeinde bleibt. Und wir bleiben.

Was wir fordern

Wir sind keine Fortschrittsfeinde. Wir wissen, dass die Energieversorgung sich verändern muss. Aber ein Kompromiss bedeutet, dass beide Seiten etwas geben – nicht, dass Natur, Steuerzahler und Gemeinwohl geben, während Projektentwickler nehmen.

Wir fordern transparente und vollständige Wirtschaftlichkeitsberechnungen für jedes geplante Windkraftprojekt, geprüft durch unabhängige Stellen ohne Verbindung zur Windkraftbranche. Wir fordern verbindliche, ausreichend finanzierte Rückbaubürgschaften, die nicht vom wirtschaftlichen Fortbestand des Betreibers abhängen. Wir fordern ein vollständiges Moratorium für Windkraftanlagen in bewirtschafteten und natürlichen Wäldern, solange keine belastbaren Alternativstandorte auf bereits versiegelten Flächen erschlossen wurden. Und wir fordern echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung – nicht die Scheinbeteiligung einer Infoveranstaltung, auf der alles längst entschieden ist.

Eine letzte Bitte

Wir schreiben diesen Brief nicht aus Wut, auch wenn die Wut da ist. Wir schreiben ihn aus Verantwortung. Wir bitten Sie: Gehen Sie in diesen Wald, bevor Sie unterschreiben. Nicht mit dem Gutachter, nicht mit dem Projektierer. Allein. Hören Sie, wie es dort klingt. Und fragen Sie sich dann, ob das, was Sie planen, wirklich unausweichlich ist.

Wir wissen: Die Zahlen stimmen nicht. Die Entscheidung ist nicht unausweichlich. Und der Wald ist es wert, ihn zu retten.

Mit freundlichen, aber unmissverständlichen Grüßen,

OFFENER BRIEF

Bürgerinitiative Pro Natur – Gegen Windräder im Wald

Für den Schutz unserer Wälder und eine ehrliche Energiepolitik · März 2025

Dieser offene Brief darf geteilt, zitiert und weitergeleitet werden.

**Das Ende der
Goldgräberstimmung – und**

warum unsere Wälder dennoch in Gefahr sind



Windräder rentieren sich kaum noch für ihre Betreiber. Neue gesetzliche Regelungen, sinkende Einspeisevergütungen und hunderte Stunden Negativpreise im Jahr zerstören die Kalkulation vieler Projekte. Eine gute Nachricht für Steuerzahler und Natur – aber kein Grund zur Entwarnung.

Es gibt Momente, in denen die Realität die Propaganda einholt. Nach Jahren, in denen Windkraftprojekte mit Versprechen über saubere Energie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Prosperität beworben wurden, beginnt sich das Bild zu verschieben – still, fast unbemerkt, aber mit wachsender Deutlichkeit. Die sogenannte Goldgräberstimmung in der Windkraftbranche ist vorbei. Was bleibt, ist eine nüchterne Abrechnung: mit falschen Versprechen, fragwürdigen Investitionsmodellen und einem politischen System, das den Bürger – als Steuerzahler und als Waldbewohner – jahrelang für diese Rechnung hat bezahlen lassen.

Wer die Zahlen kennt, der weiß schon länger, worum es bei Windrädern tatsächlich geht. Nicht ums Klima. Nicht um Strom. Sondern ums Geld. Das sagen nicht wir – das sagen die Finanzfachleute aus der Branche selbst. Und genau deshalb ist die aktuelle Entwicklung so aufschlussreich: Wenn selbst die Investoren die Reißleine ziehen, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger fragen, wer in all diesen Jahren eigentlich die Zeche bezahlt hat.

Das Märchen vom Windrad, das 15.000 Menschen versorgt

Auf Informationsveranstaltungen, in Gemeinderatssitzungen, in Hochglanzbroschüren von Projektentwicklern begegnet uns immer wieder dieselbe Behauptung: Ein modernes Windrad versorge rund 15.000 Haushalte mit Strom. Ein imposantes Versprechen. Und ein grundlegend irreführendes.

Denn Windräder drehen sich nur dann, wenn Wind weht. Das klingt banal – ist es aber nicht, wenn man die Konsequenzen ernstnimmt. In rund einem Drittel aller Stunden im Jahr steht ein durchschnittliches Windrad still. Kein Wind, kein Strom. Wer in einem solchen Moment auf eine stabile Versorgung angewiesen ist – und das ist jeder Haushalt, jedes Krankenhaus, jede Fabrik – der bekommt von diesem Windrad schlicht gar nichts.

Ein Windrad versorgt keine 15.000 Menschen. Es ist die absolute Katastrophe für das Stromnetz – weil es nicht den Strom liefert, den wir brauchen, sondern den, den der Wind gerade hergibt.

Die Grundregel des Stromnetzes ist eisern: Erzeugung und Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt exakt übereinstimmen. Nicht annähernd – exakt. Weicht die Frequenz zu stark ab, schalten sich Netze aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die

Konsequenz einer rein windbasierten Versorgung wäre im besten Fall ein instabiles Netz mit häufigen Unterbrechungen, im schlimmsten Fall das, was bei den Pfalzwerken Realität wurde: unkontrollierte Spannungsspitzen, die Haushaltsgeräte zerstören. Das ist kein theoretisches Risiko. Das ist gelebte Praxis.

Dennoch wird das Märchen von der Windkraft als verlässliche Energiequelle weitererzählt. In Bürgerversammlungen. In Förderanträgen. In der Tagespresse. Und unsere Wälder sollen dafür erhalten.

Das Gesetz, das die Rechnung änderte – und lange überfällig war

Seit dem 1. April letzten Jahres gilt eine neue Regelung, die lange überfällig war: Wenn der Börsenstrompreis negativ ist – wenn also so viel Strom im Netz ist, dass man für die Abnahme sogar bezahlt werden muss – entfällt für Windkraftbetreiber in diesem Zeitraum die staatliche EEG-Förderung vollständig. Der anzulegende Wert sinkt auf null.

Klingt technisch. Hat aber massive finanzielle Auswirkungen. Denn die Zahl der Stunden mit Negativpreisen explodiert geradezu: 325 Stunden im Jahr 2023, 520 Stunden im Jahr 2024, 652 Stunden im vergangenen Jahr. Eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fortsetzen und sogar verschärfen dürfte.

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
2023	325 Stunden
2024	520 Stunden
2025	652 Stunden
Ertragsverlust Windkraft	– 7,64 %
Eingesparte EEG-Förderung	688 Millionen Euro

Hätte diese Regelung bereits im vergangenen Jahr vollständig gegolten, hätten die Steuerzahler allein bei Windkraft-Onshore rund 688 Millionen Euro weniger Fördergelder zahlen müssen. Das ist begrüßenswert – und zeigt zugleich, wie viele Jahre lang Geld aus dem EEG-Konto in Taschen geflossen ist, die es nicht gebraucht haben. Wind hat uns als Gemeinschaft zuletzt 3 Milliarden Euro netto gekostet. Solar sogar fast 10 Milliarden. Und das in einem einzigen Jahr.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Steuerzahler hat jahrelang für Strom gezahlt, den er oft nicht brauchte – und in manchen Stunden sogar dafür, ihn loszuwerden. Alles im Namen der Energiewende. Alles zulasten unserer Wälder.

Der Wettbewerb, der keine Gewinner mehr kennt

Zu den veränderten Förderbedingungen kommt ein zweiter, struktureller Einbruch: die Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur. Bei der Auktion vom 1. November vergangenen Jahres wurden 3.450 Megawatt ausgeschrieben. Beworben haben sich Projekte mit zusammen über 8.000 Megawatt. Das Verhältnis: mehr als doppelt so viel Angebot wie Nachfrage.

In einem solchen Wettbewerb gewinnt nicht das beste Projekt – sondern das billigste. Wer früher mit 7,35 Cent pro Kilowattstunde kalkuliert hatte, bekam keinen Zuschlag mehr. Nur wer auf 6 Cent oder weniger heruntergegangen war, hatte noch eine Chance. Der durchschnittliche anzulegende Wert fiel von 11,39 Cent auf 9,39 Cent – ein Rückgang von 18 Prozent. Diese 18 Prozent weniger Einnahmen kommen zusätzlich zu den 7,64 Prozent Verlust durch die Negativstunden. Wer jetzt noch rechnet, merkt schnell: Die Projekte, die derzeit in unseren Gemeinden beworben werden, wurden auf Grundlage von Zahlen kalkuliert, die so nicht mehr gelten.

Gemeinden, die einen Bürgermeister haben, der diesen Projekten vertraut, sollten sehr genau nachfragen, mit welchen Annahmen heute noch gerechnet wird.

Ein konkretes Windrad, eine ehrliche Rechnung

Abstrakte Zahlen überzeugen oft weniger als ein konkretes Beispiel. Nehmen wir einen realen Fall: den Bürgerwindpark Rietholz, gelegen zwischen Bad Aibling und München. Ein Windrad, Gesamtkosten von 9,5 Millionen Euro, davon 2,1 Millionen Eigenkapital und 7,3 Millionen Bankdarlehen. Nach der ursprünglichen Kalkulation – mit einer Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde, einem bereits sportlichen Ansatz für eine Schwachwindregion – ergab sich eine Rendite von rund 4,16 Prozent über 20 Jahre.

Nach den neuen Regelungen sieht die Rechnung anders aus. Statt einer Million Euro Umsatz im ersten vollen Betriebsjahr bleiben noch 743.000 Euro – bei gleichbleibenden Betriebs-, Zins- und Tilgungskosten. Über 20 Jahre summiert sich das auf ein Minus von knapp 500.000 Euro. Wer 2,1 Millionen investiert und am Ende einen Verlust von fast einer halben Million hält, hat nicht investiert – der hat sein Geld verbrannt.

Du investierst 2,15 Millionen Euro und bekommst am Ende 234.000 Euro zurück. Nicht als Rendite – als Gesamtrückfluss. Das ist kein Investment. Das ist Kapitalvernichtung.

Noch brisanter ist, was in bestimmten Jahren passiert: Wenn die Tilgungsraten so liegen, dass im gleichen Jahr kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, kommt die Bank. Und wenn die Bank kommt und keine Liquidität da ist, folgt die Zwangsversteigerung. Der Grundstückseigentümer – oft ein Bauer, der glaubte, mit dem Windrad ein sicheres Zusatzeinkommen zu haben – sitzt am Ende auf einem maroden

Betonsockel, für dessen Rückbau kaum Rücklagen gebildet wurden. Denn die Rückbaurücklage wächst langsam: Im siebten Betriebsjahr wären es vielleicht 15.000 Euro. Ein Rückbau kostet ein Vielfaches davon.

Wenn Konzerne Verluste machen – und trotzdem weiterplanen

Man könnte meinen, die Branche ziehe Lehren. Der große Windparkentwickler Abo Energy liefert das Gegenteil: Das Unternehmen – seit 1996 am Markt und bis dato ohne Jahresverlust – hat erstmals rote Zahlen geschrieben. 170 Millionen Euro Verlust. Die Ursache: überzeichnete Ausschreibungsrunden, gesunkene Vergütungssätze, notwendige Abschreibungen auf laufende Projekte. Das Unternehmen selbst rechnet damit, dass die Einspeisevergütung dauerhaft auf niedrigem Niveau verharrt oder sogar weiter sinkt.

Und trotzdem werden neue Projekte geplant. Trotzdem werden Bürgerversammlungen abgehalten. Trotzdem werden Wälder vermessen, Gutachten erstellt, Bürgermeister überzeugt. Denn auch bei sinkenden Margen lässt sich Geld verdienen – solange genug davon aus dem öffentlichen EEG-Topf fließt und solange Grundstückseigentümer günstige Pachtverträge unterschreiben. Die Frage, die sich jede Gemeinde stellen muss: Wessen Interessen werden hier eigentlich vertreten?

Der dritte Schlag – Netzentgelte kommen

Als wäre das nicht genug, kündigt sich eine dritte Belastung an. Die Bundesnetzagentur schlägt vor, dass Solar- und Windkraftanlagen künftig Netzentgelte zahlen sollen – also jene Gebühren, die bisher nur Verbraucher und konventionelle Erzeuger entrichten mussten. Bislang nutzten die Betreiber die Leitungsinfrastruktur kostenlos, während alle anderen für sie

mitbezahlten.

Wie hoch diese Entgelte sein werden, ist noch offen. Aber allein die Ankündigung ist ein Signal: Der politische Rückenwind für die Windkraft dreht sich. Auch bestehende Anlagen könnten betroffen sein – ein Faktor, der in keiner der alten Investitionskalkulationen berücksichtigt wurde. Wer jetzt noch ein Windrad in einem Schwachwindgebiet plant – und Teile Bayerns und Baden-Württembergs zählen zweifellos dazu – der hat entweder die Zahlen nicht gelesen oder er rechnet damit, dass andere für seine Fehler aufkommen. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Systemausnutzung.

Was das für unsere Wälder bedeutet

Man könnte diese Entwicklung als reine Finanzgeschichte abtun. Aber für uns als Bürgerinitiative ist sie mehr als das. Sie zeigt, dass die Argumente, mit denen Windräder in unsere Wälder geplant werden, auf wackligem Fundament stehen – wirtschaftlich wie ökologisch.

Ein Windrad, das sich nicht rechnet, wird gebaut werden, solange der Fördertopf groß genug ist. Ein Windrad, das sich doch rechnet, wird gebaut werden auf Kosten unserer alten Bäume, unseres Grundwassers, unserer Landschaft und unserer Lebensqualität. Beides ist inakzeptabel. Denn was einmal im Wald zerstört ist, wächst in keiner Amtszeit nach.

Die gute Nachricht, die die aktuelle Marktentwicklung bringt, ist real: Viele Projekte werden sich nicht mehr realisieren lassen. Investoren werden abspringen. Geplante Standorte im Wald werden vorerst von der Liste verschwinden. Das ist eine Atempause – kein Sieg.

Denn solange die politischen Rahmenbedingungen nicht grundlegend korrigiert werden, solange Flächenziele gesetzlich verankert bleiben und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden sollen, bleibt der Druck auf unsere Wälder hoch. Und mit dem

nächsten politischen Paradigmenwechsel, dem nächsten Subventionspaket, kommt auch die nächste Welle an Projektentwicklern, die nach renditeträchtigen Standorten suchen.

Wir werden weiter da sein. Laut, sachlich, hartnäckig. Für unsere Wälder. Für eine Energiepolitik, die ehrlich ist.

.

.

.

Quellen: www.youtube.com/watch?v=n_5qEqlsN8k

**WIR FORDERN: Neubewertung der
Flächen und vollständige
Umweltprüfung**



WIR FORDERN:

Wir fordern die unverzügliche Neubewertung der ausgewiesenen und geplanten Flächen für Windenergie in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing sowie eine neue, vollständige Umweltprüfung, die alle Schutzgüter gleichrangig und nachvollziehbar berücksichtigt. Die bisherige Planung weist gravierende Mängel auf, die im Einspruch detailliert dokumentiert sind und die in Summe die Rechtssicherheit, die fachliche Qualität und die Akzeptanz der Vorhaben untergraben. Dazu gehören insbesondere unvollständige Datengrundlagen, eine unzulässige Verengung der Alternativenprüfung, formale statt materielle Bewertung von Gesundheits- und Naturschutzbelangen, eine Vernachlässigung der Kumulationswirkungen und eine grobe Unterschätzung der Eingriffe in Landschaftsbild, Erholung, Eigentum und kommunale Entwicklung.

Ein zentrales Problem ist die unzureichende Erfassung von Mensch und Gesundheit. Die Planungen stützen sich vielfach auf Modellrechnungen, die reale Worst-Case-Situationen – etwa nächtliche Inversionswetterlagen, topografische Verstärkungen und die Überlagerung mehrerer Anlagen – nicht hinreichend

abbilden. Tieffrequenter Schall, Infraschall und periodischer Schall werden formal mit Mindestwerten abgehandelt, ohne belastbare Messkampagnen unter realen Betriebsbedingungen. Das ist nicht Vorsorge, sondern Risikoabwälzung auf die Bevölkerung. Es ist ein krasser Fehler der Planungsverbände, die Unsicherheiten bei tieffrequenten Immissionen, die in der Fachliteratur und in der Praxis wiederholt thematisiert werden, in der Abwägung praktisch folgenlos zu lassen und die Nachwirkung der Anlagen – inklusive Hindernisbefeuerung – nur als „optische Beeinträchtigung“ zu deklarieren.

Ebenso gravierend sind die Defizite bei Artenschutz und Biodiversität. In mehreren Such- und Vorrangräumen überschneiden sich die Planungen mit zahlreichen Arten die Artgeschützt sind. Kartierungen sind teilweise zeitlich und räumlich unzureichend, artspezifische Aktivitätsfenster werden ignoriert. Dass funktionsrelevante Biotopverbundstrukturen nur randlich gewürdigt und potenzielle Barriereeffekte ausgeblendet werden, ist aus Naturschutzfachlicher Sicht ein krasser Planungsfehler. Die rechtlich gebotene Vermeidung – vor der Minderung – wird nicht konsequent angewandt: Statt sensible Räume auszuschließen, werden sie über Bedingungen „zurechtgeplant“.

Beim Landschaftsbild wird der industrielle Maßstab der Vorhaben unterschätzt. Sichtbarkeitsanalysen bleiben oft auf Idealparameter beschränkt und ignorieren die kumulative Fernwirkung in offenen und erhöhten Lagen. Die dauerhafte nächtliche Befeuerung und die Dominanz der Anlagen in prägenden Sichtachsen werden in den Abwägungen relativiert, obwohl sie die Erlebbarkeit von Landschaft, Kultur- und Erholungsräumen substantiell verändern. Das ist nicht nur eine Frage der Ästhetik, sondern berührt Heimatbild, Tourismus und die Lebensqualität der Menschen. Es ist ein weiterer krasser Fehler, diese weichen, aber rechtlich relevanten Güter lediglich formal zu erfassen und faktisch zu entwerten.

Auch im Immissions- und Abstandsregime dominieren

Mindestansätze statt Vorsorge. Abstände zu Wohnnutzungen werden anhand pauschaler Richtwerte angesetzt, ohne topografische Besonderheiten, Hauptwindrichtungen, Eisansatz, seltene Schallspitzen oder die Summenwirkung mehrerer Projekte in voller Tiefe zu berücksichtigen. Die daraus resultierenden Risiken – insbesondere in Nachtzeiten – werden zu gering gewichtet. Eine vorsorgeorientierte Planung hätte Sicherheitszuschläge, striktere Betriebsbeschränkungen und im Zweifel den Ausschluss konfliktträchtiger Standorte vorzusehen. Das Unterlassen solcher Vorkehrungen ist planerisch wie rechtlich kurzfristig.

Hinzu kommt die Vernachlässigung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern. Boden, Wasser und Wald werden häufig nur projektbezogen betrachtet, ohne die Folgewirkungen von Erschließung, Fundamenten, Entwässerung, Erosion und Waldumwandlung systematisch in einem kumulativen Rahmen zu bewerten. Dass mikroklimatische Effekte in Waldlagen, Beeinträchtigungen des Grund- und Oberflächenwassers oder archäologische Verdachtsflächen in der Tiefe der Sache selten behandelt werden, ist mit einer ernsthaften Umweltprüfung unvereinbar. Gleiches gilt für die fehlende Netzdienlichkeit: Ohne belastbare Nachweise zur Netzaufnahmefähigkeit, Abregelungsquote, Speicher- und Leitungsbedarf drohen ineffiziente Anlagenkonzentrationen und steigende Systemkosten – ein krasser Planungsfehler, der volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich vermeidbar wäre.

Schließlich zeigt die Verfahrensqualität deutliche Schwächen. Transparenzdefizite in der Abwägung, lückenhafte Dokumentation der öffentlichen und behördlichen Beteiligung, die nur formale Behandlung substantiierter Einwände und das Ausblenden tragfähiger Alternativen gefährden die Rechtssicherheit. Anstatt ungeeignete Flächen konsequent auszuschneiden, werden Risiken in Nebenbestimmungen verschoben. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Vorsorgeprinzip, ist fehleranfällig und lädt zu Rechtsstreitigkeiten ein. Auch die Auswirkungen auf

Eigentum, kommunale Entwicklungskorridore und Immobilienwerte werden in der Gesamtabwägung untergewichtet – obwohl hier dauerhafte Eingriffe in gewachsene Siedlungsqualitäten und Entwicklungsperspektiven vorliegen.

All dies macht deutlich: Es braucht jetzt eine echte, umfassende Neuaufstellung. Wir fordern eine Neubewertung der Flächenkulisse auf aktueller, vollständiger Datenbasis; eine neue Umweltprüfung, die alle Schutzgüter – Mensch und Gesundheit, Tiere und Pflanzen/Biodiversität, Boden, Wasser, Klima, Landschaft und Erholung, Sach- und Kulturgüter – materiell prüft; eine konsequente Kumulations- und Wechselwirkungsanalyse; klare, überprüfbare Ausschluss- und Vorsorgekriterien; unabhängige Validierung der Gutachten; und eine erneute Auslegung mit substantieller Bürger- und Fachbeteiligung. Vorrang müssen Repowering an geeigneten Bestandsstandorten, netzdienliche Reihenfolgen, sowie konkrete und wirksam nachgewiesene Minderungsmaßnahmen haben. Wo erhebliche Restrisiken verbleiben, sind Standorte auszuschneiden.

Eine Energiewende mit Maß und Verantwortung bedeutet: erst vollständig prüfen, dann planen – und nur dort ausweisen, wo die Wahrung aller Schutzgüter zweifelsfrei gesichert ist. Bis dahin sind sensible Räume in den Planungsverbänden Landshut, Regensburg und Straubing von der Windenergienutzung freizuhalten. Das ist der Weg zu rechtssicheren, akzeptierten und zukunftsfesten Lösungen, die Mensch, Natur und Landschaft gleichermaßen schützen.

**Umweltsünden statt
Klimaschutz: Systematische
Vermüllung an Windpark-
Zufahrten wirft Fragen zur
behördlichen Kontrolle auf**



**Wenn grüne Versprechen auf
schmutzige Realität treffen**

Grüne Versprechen, schmutzige Realität: Entlang der Zufahrtswege zum sogenannten „Windpark bei Neufahrn“ und bei

Martinsbuch offenbart sich ein Bild systematischer Nachlässigkeit, das die Glaubwürdigkeit der gesamten Energiewende-Rhetorik in Frage stellt. Kunststoffreste, Folienreste, Dämmstofffragmente und Metallteile säumen kilometerlange Waldwege – ausgerechnet dort, wo vorbildlicher Umweltschutz praktiziert werden sollte.

Die Ironie könnte größer nicht sein: Projekte, die als Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit beworben werden, hinterlassen eine Spur der Umweltzerstörung, die jeden Nachhaltigkeitsbericht zur Makulatur macht. Was hier sichtbar wird, ist mehr als nur ein ästhetischer Makel oder ein bedauerlicher Einzelfall – es ist der sichtbare, dokumentierte Beweis für das systematische Versagen von Kontrolle, Verantwortung und behördlicher Aufsicht.

Das perfide System der Verantwortungslosigkeit

Besonders perfide: Während kleine Handwerker bei der geringsten Unordnung auf der Baustelle sofort zur Rechenschaft gezogen werden, scheinen Großprojekte der Energiewende unter einem besonderen Schutzschild zu stehen. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Nachhaltigkeit bedeutete, heute den Wald zu vermüllen, um morgen das Klima zu retten.

Diese Doppelmoral durchzieht das gesamte System: Von den Planungsbehörden, die großzügig wegschauen, über die Bauunternehmen, die Kostenoptimierung über Umweltschutz stellen, bis hin zu den Auftraggebern, die sich mit Nachhaltigkeitsbroschüren schmücken, während ihre Baustellen eine Schneise der Verwüstung hinterlassen.

Windpark bei Neufahrn: Eine Schneise der Nachlässigkeit

Die Dokumentation am „Windpark bei Neufahrn“ liest sich wie ein Lehrbuch für systematisches Umweltversagen. Über elf dokumentierte Fundstellen verteilt sich eine Kette der Nachlässigkeit, die das wahre Gesicht vermeintlich grüner Projekte enthüllt:

Fundstelle 1: Plastikfolienreste, vermutlich von Verpackungen oder Abdeckungen, großflächig im Unterholz verteilt. Die Fragmente haben bereits begonnen, sich in kleinste Teilchen aufzulösen – ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird und das Ökosystem nachhaltig schädigt.

Fundstelle 2: Dämmstofffragmente unterschiedlicher Größe, teilweise bereits von der Witterung zersetzt. Besonders problematisch: Diese Materialien können gesundheitsschädliche Fasern freisetzen, die sowohl für Wildtiere als auch für Erholungssuchende eine Gefahr darstellen.

Fundstelle 3: Metallteile, vermutlich Verschnitt von Bauarbeiten, achtlos in den Seitenstreifen entsorgt. Die scharfen Kanten stellen eine direkte Verletzungsgefahr für Wildtiere dar.

Martinsbuch: Wenn Einzelfälle zum System werden

Auch am Herman (V-Markt Betreiber) Windrad bei Martinsbuch (48.750121, 12.389939) das gleiche Bild: Was als bedauerlicher Einzelfall verkauft wird, entpuppt sich als Teil eines systematischen Problems. Die Fundstelle zeigt eine Mischung aus verschiedenen Abfallarten, die eines gemeinsam haben: Sie gehören nicht in den Wald.

Fundkoordinaten der Umweltsünden

„Windpark bei Neufahrn“ – Verschmutzungskette:

- 48.767030, 12.155314
- 48.766984, 12.153120
- 48.766909, 12.151685
- 48.764921, 12.149174
- 48.761129, 12.162542
- 48.759452, 12.160997
- 48.754208, 12.160819
- 48.752881, 12.158283
- 48.751576, 12.158027
- 48.751250, 12.157771
- 48.751231, 12.173587

Martinsbuch („Herman“-Windrad):

- 48.750121, 12.389939

Die unsichtbaren Schäden: Was nicht dokumentiert werden kann

Noch problematischer als die sichtbaren Abfälle sind die unsichtbaren Schäden: Mikroplastik, das bereits in den Boden eingedrungen ist. Schadstoffe, die bei der Zersetzung der Materialien freigesetzt werden. Bodenversiegelung durch achtlos abgestellte Baumaschinen. Verdichtung empfindlicher Waldböden durch schwere Transporte auf nicht dafür ausgelegten Wegen.

Diese Schäden lassen sich nicht einfach „wegräumen“ – sie werden das Ökosystem über Jahre und Jahrzehnte belasten. Ein Kollateralschaden, der in keiner Umweltverträglichkeitsprüfung auftaucht, weil er erst nach Projektabschluss sichtbar wird.

Konkrete Forderungen: Keine Kompromisse mehr

Sofortmaßnahmen: Was jetzt passieren muss

Die dokumentierte Sachlage erfordert nicht nur Konsequenzen – sie schreit nach ihnen. Hier geht es nicht um Verhandlungen oder Kompromisse. Hier geht es um die Durchsetzung geltendem Rechts und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. **Vollständige Bestandsaufnahme und Räumung** Nicht irgendwann – jetzt: Alle dokumentierten Fundstellen müssen binnen 14 Tagen restlos geräumt werden. Mit vollständiger Dokumentation durch unabhängige Gutachter, lückenloser Fotodokumentation vor, während und nach der Räumung sowie rechtsgültigen Entsorgungsnachweisen für jede einzelne Materialart. Keine Alibiveranstaltung: Die Räumung muss fachgerecht erfolgen, nicht durch schnelles „Wegkehren“ oder oberflächliches Sammeln. Auch bereits fragmentierte Materialien müssen soweit möglich aus dem Ökosystem entfernt werden.
2. **Behördliche Vollkontrolle mit Konsequenzen** Gemeinsame Task Force: Eine sofortige gemeinsame Begehung aller zuständigen Behörden – Naturschutz, Forst, Bauaufsicht, Umweltamt – ist nicht nur wünschenswert, sondern rechtlich geboten. Diese Begehung muss binnen 7 Tagen nach Bekanntwerden der Dokumentation erfolgen. Öffentliches Protokoll: Das Ergebnis muss in einem öffentlich zugänglichen Protokoll mit konkreten Fristen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten münden. Keine internen Abstimmungen hinter verschlossenen Türen, sondern transparente, nachprüfbare Aufarbeitung. Persönliche Haftung: Die verantwortlichen Behördenvertreter müssen mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für die Umsetzung der Maßnahmen einstehen. Anonyme Zusagen reichen nicht mehr.

3. Sofortiger Baustopp: Lernen durch Schmerz Alle Arbeiten stoppen: Weitere Bau-, Transport- und Logistikarbeiten müssen sofort gestoppt werden, bis alle dokumentierten Mängel beseitigt sind und ein wasserdichtes Kontrollregime etabliert wurde. Wer nicht sauber arbeiten kann, darf nicht weiterarbeiten. Tägliche Kontrollen: Nach Wiederaufnahme der Arbeiten sind tägliche, unangekündigte Kontrollen durch behördliche Vertreter verpflichtend einzuführen. Die Kosten trägt der Verursacher. Empfindliche Strafen: Vertragsstrafen bei weiteren Verstößen müssen so hoch angesetzt werden, dass Nachlässigkeit teurer wird als Sorgfalt. Ein System, das Pfusch billiger macht als ordentliche Arbeit, ist ein System, das Pfusch fördert.
4. Auflagenverschärfung: Schluss mit dem Schwarzen-Peter-Spiel Glasklare Verantwortlichkeiten: Die Genehmigungsaufgaben müssen nachgeschärft werden. Keine schwammigen Formulierungen mehr, keine Möglichkeiten, Verantwortung zwischen Hauptauftragnehmer, Subunternehmen und Sub-Subunternehmen hin- und herzuschieben. Engmaschige Kontrollen: Wöchentliche Berichtspflicht über alle verwendeten Materialien, deren Transport und Entsorgung. Monatliche Vor-Ort-Kontrollen durch unabhängige Sachverständige. Halbjährliche öffentliche Berichte über den Zustand aller Zufahrtswege und Arbeitsflächen.
5. Radikale Transparenz: Schluss mit dem Amtsgeheimnis Alles auf den Tisch: Sämtliche Genehmigungsaufgaben, Eingriffs- und Ausgleichskonzepte, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollberichte und Mängelmeldungen gehören vollständig und ungekürzt auf die Webseiten der zuständigen Behörden. Bürgerrecht auf Information: Bürger haben das Recht zu erfahren, was in ihrem Namen, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren Steuergeldern genehmigt wird. Informationsfreiheit ist kein Gnadenakt der Verwaltung, sondern ein Grundrecht.

Die rechtliche Dimension: Wenn Gesetze zur Makulatur werden

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Klare Regeln, schwache Durchsetzung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) kennt keine Ausnahmen für vermeintlich klimafreundliche Projekte. § 7 KrWG verpflichtet jeden Abfallerzeuger zur ordnungsgemäßen Sammlung, Beförderung und Entsorgung seiner Abfälle. § 69 KrWG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 100.000 Euro vor – pro Verstoß, wohlgemerkt.

Die Realität: Diese Bestimmungen werden bei Windkraftprojekten systematisch ignoriert. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Der Skandal: Während ein Handwerker, der eine Zigarettenstummel achtlos wegwirft, sofort belangt wird, können Millionen-Projekte der Energiewende offenbar tonnenweise Müll in der Landschaft verteilen, ohne dass jemand einschreitet.

Bayerisches Naturschutzgesetz: Papier ist geduldig

Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) verbietet ausdrücklich „Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“. Art. 57 BayNatSchG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 50.000 Euro vor.

Die Perversion: Vermüllte Waldwege werden von den zuständigen Behörden nicht als „Beeinträchtigung“ gewertet, sondern als „unvermeidbare Begleiterscheinung“ verharmlost. Ein Waldbesitzer, der seine Fläche so behandeln würde, bekäme sofort Besuch vom Amt.

Bayerisches Waldgesetz: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) stellt in Art. 1 die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes unter besonderen Schutz. Art. 13 BayWaldG regelt die Benutzung von Waldwegen ausdrücklich und eng.

Die Praxis: Waldwege werden zu Industrie-Umschlagplätzen umfunktioniert, ohne dass die besonderen Schutzbestimmungen für den Wald beachtet werden. Schwere Transporte verdichten empfindliche Waldböden, Materialverluste vergiften das Ökosystem, Lärm und Erschütterung vertreiben die Tierwelt.

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: Greenwashing mit System

Die bayerische Eingriffs-/Ausgleichsregelung predigt seit Jahren „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“. Der offizielle Leitfaden ist voller schöner Worte über Vermeidung, Minderung und Ausgleich.

Die Wahrheit: Eine zufahrtsbegleitende Plastikspur passt zu diesem „Einklang“ wie eine Motorsäge zum Vogelschutzgebiet. Wer ernsthaft von Einklang spricht, muss proaktiv aufräumen und vorsorgen, damit gar nichts erst im Wald landet.













UVP-Pflicht: Wenn Prüfungen zur Farce werden

Bei größeren Windenergievorhaben greifen nach Anlage 1 UVPG Pflichten zur Umweltverträglichkeitsprüfung oder zumindest zur Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Prüfungen sollen sicherstellen, dass alle Umweltauswirkungen erkannt, bewertet und minimiert werden.

Der Offenbarungseid: Wenn schon bei der simplen Disziplin „Abfalllogistik“ so eklatant versagt wird, stellt sich die Frage: Mit welcher Gründlichkeit werden die komplexeren Prüfaufgaben wie Artenschutz, Lärmschutz oder Landschaftsbild abgearbeitet?

Wenn ein Projekt nicht einmal in der Lage ist, seinen eigenen Müll ordentlich zu entsorgen, welche Glaubwürdigkeit haben dann die aufwendigen Gutachten über Fledermausschutz oder Vogelzug? Nachweise statt Narrative – darauf kommt es an.

Die ökologischen Folgen: Schäden für Generationen

Mikroplastik: Die unsichtbare Zeitbombe

Die sichtbaren Abfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Viel problematischer sind die unsichtbaren Folgen: Kunststoffe zerfallen unter Witterungseinflüssen in immer kleinere Fragmente, bis sie als Mikroplastik in die Nahrungskette gelangen.

Der Teufelskreis: Diese Mikroplastikpartikel werden von Bodenorganismen aufgenommen, gelangen über Pflanzen in Pflanzenfresser und von dort in Fleischfresser. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch – und konsumiert das Mikroplastik aus „seinen“ nachhaltigen Energieprojekten.

Die Zeitdimension: Während die Windräder nach 20-25 Jahren wieder abgebaut werden, verbleibt das Mikroplastik für Jahrhunderte im Ökosystem. Eine Hypothek auf die Zukunft, die in keiner Klimabilanz auftaucht.

Bodenversiegelung und Verdichtung: Schleichender Tod des Waldbodens

Waldböden sind über Jahrhunderte oder Jahrtausende gewachsene, hochkomplexe Ökosysteme. Ihre Struktur ist darauf angewiesen, dass Wasser, Luft und Nährstoffe frei zirkulieren können.

Die Zerstörung: Schwere Transporte verdichten diese empfindlichen Böden irreversibel. Das Porensystem kollabiert, Wasser kann nicht mehr versickern, Luftaustausch findet nicht mehr statt. Der Boden stirbt – und mit ihm alle Organismen, die von ihm leben.

Die Folgen: Verdichtete Böden können ihrer Funktion als Wasserspeicher und CO₂-Senke nicht mehr nachkommen. Ausgerechnet Klimaschutzprojekte zerstören damit eine der wichtigsten natürlichen Klimaschutzfunktionen.

Fragmentierung von Lebensräumen: Zerschneidung der Wildnis

Waldwege sind für viele Wildtiere natürliche Barrieren. Werden sie zu Industriestraßen ausgebaut und mit Müll gesäumt, wirken sie wie unüberwindbare Grenzen.

Die Isolation: Populationen werden isoliert, Genaustausch wird verhindert, lokale Inzucht programmiert. Besonders bedrohte Arten, die ohnehin nur noch in kleinen Restpopulationen vorkommen, werden so zusätzlich gefährdet.

Der Dominoeffekt: Das Verschwinden einer Art löst Kettenreaktionen aus, die das gesamte Ökosystem destabilisieren können. Ein Windpark mag klimafreundlich sein

– aber ein toter Wald speichert kein CO₂ mehr.

Behördliches Versagen: Wenn Kontrolleure wegsehen

Die Untere Naturschutzbehörde: Schutz durch Wegsehen?

Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Straubing-Bogen ist nach bayerischem Recht die zuständige Vollzugsbehörde für den Naturschutz vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, Verstöße gegen das Naturschutzrecht zu ahnden und die Beseitigung von Beeinträchtigungen durchzusetzen.

Die Realität: Monatelang dokumentierte Verstöße werden ignoriert oder verharmlost. Statt energisch durchzugreifen, werden Ausreden gesucht: „Das ist nur vorübergehend“, „Das wird noch aufgeräumt“, „Das ist unvermeidbar“.

Die Frage: Warum versagen die Behörden bei Windkraftprojekten so offensichtlich? Liegt es an politischem Druck von oben? An mangelnder Ausstattung? Oder an einer ideologischen Verblendung, die Windkraft grundsätzlich für gut hält – unabhängig von den konkreten Umweltschäden?

Die Bauaufsicht: Genehmigen und vergessen?

Die Bauaufsichtsbehörde erteilt die Genehmigungen – und ist damit auch für deren Durchsetzung verantwortlich. Genehmigungen mit Auflagen sind kein Freibrief, sondern ein Vertrag mit Pflichten.

Das Versagen: Nach der Genehmigungserteilung scheint die Bauaufsicht ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten. Kontrollen finden sporadisch oder gar nicht statt. Verstöße gegen Auflagen haben keine Konsequenzen.

Die Konsequenz: Bauherren lernen schnell: Auflagen kann man ignorieren, solange niemand kontrolliert. Ein System, das Verantwortungslosigkeit belohnt, züchtet Verantwortungslosigkeit.

Die Forstbehörde: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Straubing ist für den Schutz der Waldfunktionen zuständig. Dazu gehört auch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Dritte.

Die Untätigkeit: Offensichtliche Schäden am Wald und an Waldwegen werden nicht geahndet. Als ob Wald nur dann schützenswert wäre, wenn er nicht für die Energiewende gebraucht wird.

Die Polizei: Ordnungswidrigkeiten sind auch Straftaten

Umweltdelikte sind Straftaten – auch wenn sie von vermeintlich guten Projekten begangen werden. Die Polizei ist verpflichtet, entsprechende Anzeigen aufzunehmen und zu verfolgen.

Die Praxis: Anzeigen wegen Umweltdelikten im Zusammenhang mit Windkraftprojekten verschwinden oft in bürokratischen Mühlen oder werden nicht ernst genommen. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Was Bürger tun können: Selbsthilfe ist Bürgerpflicht

Dokumentation: Die Waffe der Wahrheit

Wenn Behörden wegschauen, müssen Bürger hinsehen. Wenn offizielle Stellen untätig bleiben, müssen Betroffene aktiv

werden. Das ist nicht nur ein Recht – es ist eine Pflicht gegenüber nachkommenden Generationen.

Professionelle Beweisführung

Fotografische Dokumentation: Machen Sie Übersichts- und Detailfotos jeder Fundstelle. Fotografieren Sie aus mehreren Blickwinkeln, um die Lage und das Ausmaß der Verschmutzung zu dokumentieren. Verwenden Sie eine Digitalkamera oder ein Smartphone mit GPS-Funktion, damit die Koordinaten automatisch gespeichert werden.

Datum und Uhrzeit: Stellen Sie sicher, dass jedes Foto mit Datum und Uhrzeit versehen ist. Aktivieren Sie die entsprechende Funktion in Ihrer Kamera oder Ihrem Smartphone.

Koordinaten notieren: Notieren Sie die exakten GPS-Koordinaten jeder Fundstelle. Verwenden Sie dazu Apps wie „GPS Essentials“ oder „What3Words“. Notieren Sie zusätzlich eine Wegbeschreibung („20 m südlich der Weggabelung am Hochstand“).

Videodokumentation: Machen Sie zusätzlich einen ruhigen Videowalk der betroffenen Strecken. Gehen Sie langsam, schwenken Sie die Kamera ruhig und kommentieren Sie dabei, was Sie sehen. Videos zeigen das Ausmaß der Verschmutzung oft besser als Einzelfotos.

Systematische Archivierung: Legen Sie für jede Fundstelle einen eigenen Ordner an (z.B. „2025-08-15_Neufahrn_Fundstelle-01“). Speichern Sie dort alle Fotos, Videos und Notizen systematisch ab.

Rechtssichere Meldungen

Schriftlich melden: Melden Sie jeden Fund schriftlich an alle zuständigen Behörden. Eine E-Mail reicht, aber bitten Sie um Eingangsbestätigung. Senden Sie Kopien an:

- Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts
- Bauaufsichtsamt des Landratsamts
- AELF (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Bei akuten Fällen auch an die örtliche Polizei

Konkrete Forderungen: Formulieren Sie konkret, was Sie erwarten: „Ich fordere die sofortige Räumung der dokumentierten Abfälle, eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Entsorgung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verschmutzung bis zum [Datum].“

Fristen setzen: Setzen Sie klare Fristen für Antwort (14 Tage) und Maßnahmen (30 Tage). Kündigen Sie an, was Sie bei Untätigkeit unternehmen werden.

Rechtliche Schritte: Wenn Bitten nicht helfen

Widerspruch und Anfechtung

Genehmigungen anfechten: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Genehmigungen rechtswidrig erteilt wurden, können Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen. Lassen Sie sich dabei von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht beraten.

Nebenbestimmungen durchsetzen: Genehmigungen enthalten meist Nebenbestimmungen (Auflagen). Deren Nichteinhaltung können Sie als Bürger anzeigen und deren Durchsetzung verlangen.

Strafanzeige und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Strafanzeige stellen: Umweltdelikte sind Straftaten. Stellen Sie bei der Staatsanwaltschaft oder der örtlichen Polizei Strafanzeige gegen die Verantwortlichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind – jede Anzeige schafft Druck.

Ordnungswidrigkeitenanzeige: Verstöße gegen Umweltgesetze sind meist Ordnungswidrigkeiten. Diese können von den Behörden mit

empfindlichen Bußgeldern geahndet werden – wenn sie wollen.

Zivilrechtliche Ansprüche

Unterlassung fordern: Als Anwohner oder Betroffener können Sie zivilrechtlich die Unterlassung weiterer Verschmutzung fordern.

Beseitigung verlangen: Sie können auch die Beseitigung bereits vorhandener Verschmutzungen auf Kosten des Verursachers verlangen.

Quellen/Belege:

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), § 69 Bußgeldvorschriften – *Gesetze im Internet* (BMJ). [Gesetze im Internet](#)

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG), Art. 57 Ordnungswidrigkeiten – *gesetze-bayern.de* (aktuelle Fassung ab 1. Aug. 2025). [Gesetze Bayern](#)

Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) – *gesetze-bayern.de* (Zwecke/Waldfunktionen; letzte Änderung 23. Dez. 2024). [Gesetze Bayern](#)

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ – Infoseite und Leitfaden des StMB (Bayern). [Bayerisches Ministerium für Wohnen+1](#)

LfU Bayern – Zentrale Stelle Abfallüberwachung (Aufgaben & Ansprechpartner). [LfU Bayern+1](#)

UVPG Anlage 1 (Liste UVP-pflichtiger Vorhaben) – *Gesetze im Internet*; ergänzend Fachagentur Wind und Solar (Kurzinfos/Schwellen). [Gesetze im Internet Fachagentur Wind & Solar](#)

Waldrecht (allg. Überblick zu Waldfunktionen) – Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und

Energiegewinner oder Energiemüll? – Warum die Windkraft in ihrer jetzigen Form zum Problem wird



In einem aufsehenerregenden Vortrag rechnet ein deutscher Professor mit der Energiewende ab. Genauer: mit dem blinden Vertrauen in Windkraftanlagen als tragende Säule der Energieversorgung. Unter dem Titel „Energieschwachsinn von Windrädern“ analysiert er, warum Windkraft aus seiner Sicht mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Aussagen sind Streitbar, doch sie werfen essenzielle Fragen auf – über technische Realitäten, wirtschaftliche Schief lagen und gesellschaftliche

Verantwortung.

Gewinner gesucht: Wer profitiert wirklich von Windrädern?

Der Professor bringt es provokant auf den Punkt: Nicht der Stromkunde oder die lokale Bürgerschaft sind die Gewinner der Windenergie, sondern einzelne Verpächter, die jährlich hohe Summen für die Bereitstellung ihres Grundstücks kassieren. Alle anderen zahlen drauf.

Laut ihm werfen nur rund 20 % aller Windparks überhaupt Gewinne ab. Besonders in Hessen hätten neue Anlagen deutlich weniger Strom produziert als prognostiziert. Die Differenz: rund 20 % unter den berechneten Erträgen. Die Konsequenz:

„Alle anderen sind Verlierer.“

Ein derartiges Missverhältnis zwischen Erwartung und Realität wäre in jeder anderen Branche ein Skandal.

Ein System aus Überschuss, Export und Entsorgungskosten

Besonders alarmierend ist ein anderer Aspekt seiner Kritik: Schon heute exportiert Deutschland etwa ein Viertel seines Wind- und Solarstroms ins Ausland. Nicht etwa als Exportschlager – sondern weil der Strom hier nicht mehr gebraucht wird. Polen hat sogar Netzsperrern eingeführt, um sich vor den Überschussmengen zu schützen.

Noch absurder: Der Export erfolgt nicht etwa gewinnbringend, sondern teilweise mit **negativen Börsenpreisen**. Das heißt: Deutschland zahlt dafür, seinen Strom loszuwerden. Der Professor nennt das zurecht einen Skandal.

Thüringen als Beispiel: Wenn der Strombedarf mit Wind nichts zu tun hat

Am Beispiel Thüringens zeigt der Professor, wie weit Produktion und Bedarf auseinanderklaffen. Der Strombedarf

liegt dort bei etwa 2500 Megawatt. Die erzeugte Windenergie liegt jedoch oft weit darunter – und in Spitzenzeiten weit darüber. Besonders kritisch: Die Erzeugung fällt regelmäßig auf null.

„Diese Windstromerzeugung sinkt regelmäßig auf null.“

Genau in diesen Momenten muss Strom zugekauft oder aus anderen Quellen bereitgestellt werden. Das führt zu einem instabilen Netz und verteuert die Energieversorgung für alle.

Unsere Argumente: Was die Diskussion um Windkraft oft verschweigt

Die Aussagen des Professors decken sich mit vielen Beobachtungen, die in der öffentlichen Debatte kaum Platz finden. Daher wollen wir eigene Aspekte einführen, die die Diskussion erweitern. So wird beispielsweise kaum thematisiert, wie massiv Windräder in Natur und Landschaft eingreifen. Die Rodung von Waldflächen für Windparks zerstört wertvolle Lebensräume für Tierarten, zerschneidet Wanderwege und mindert den Erholungswert ganzer Regionen erheblich.

Hinzu kommen gesundheitliche Auswirkungen, die oft verharmlost werden: Infraschall sowie ständige Lichtreflexionen können nachweislich Schlafstörungen, Kopfschmerzen und sogar psychische Belastungen auslösen. Dennoch werden viele Studien zu diesem Thema ignoriert oder bewusst kleingeredet.

Auch der Nutzen für die Allgemeinheit bleibt fraglich: Die wirtschaftlichen Gewinne landen in der Regel bei großen Energiegesellschaften oder Projektentwicklern. Die betroffenen Gemeinden vor Ort hingegen tragen die Belastung, ohne dass eine nennenswerte Wertschöpfung bei ihnen verbleibt.

Und schließlich stellt sich die Frage nach der Versorgungssicherheit: Ohne funktionierende Speichertechnologien sind Windräder als dauerhafte

Energielieferanten unzuverlässig. In sogenannten Dunkelflauten, die mehrere Tage andauern können, stehen auch tausend Windräder still. Das Risiko eines instabilen Stromnetzes steigt damit erheblich.

Fazit: Ein Weckruf, den wir nicht ignorieren dürfen

Die Aussagen des Professors sollten nicht als Polemik abgetan, sondern als Mahnung verstanden werden: Die Energiewende braucht Realitätssinn. Windkraft kann Teil der Lösung sein, aber nicht so, wie sie heute betrieben wird. Ohne große Speicherlösungen, ohne sinnvolle Standortwahl und ohne echte Beteiligung der Bürger vor Ort ist sie ein teures, unsoziales und landschaftszerstörendes Experiment.

Wir fordern: Schluss mit Symbolpolitik – her mit einem ehrlichen, ökologisch und sozial tragbaren Energiemodell für Deutschland.

Das Aus für das Referenzertragsmodell? Der stille Tod der Windkraft in Süddeutschland – und warum das erst der Anfang ist



Der politische Kuhhandel beginnt

Was sich im neuen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD versteckt, ist nicht weniger als eine energiepolitische Zeitbombe für Süddeutschland. Ein harmlos klingender Satz – „Das Referenzertragsmodell wird auf den Prüfstand gestellt“ – entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Todesstoß für Hunderte von Gemeinden, die sich bereits auf Windkraftprojekte eingestellt haben.

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen: Wenn Politiker etwas „auf den Prüfstand stellen“, ist das Ergebnis meist vorher festgelegt. Es geht nicht um Verbesserung, es geht um Abschaffung. Die Lobbyisten der großen Energiekonzerne reiben sich bereits die Hände.

Das perfide System hinter dem Referenzertragsmodell

Lassen Sie uns Klartext reden: Das Referenzertragsmodell ist

nichts anderes als eine künstliche Beatmung für Windräder, die eigentlich nie hätten gebaut werden dürfen. An windschwachen Standorten – und davon gibt es in Süddeutschland reichlich – werden Anlagen hochgezogen, die nur durch massive Subventionen überleben können.

Die Rechnung ist simpel: Je schlechter der Wind weht, desto mehr Geld gibt's vom Staat. Ein Windrad in Bayern, das nur 60% der Leistung eines Nordsee-Windrads bringt, bekommt dafür satte Zuschläge. Bezahlen darf das der Stromkunde über die EEG-Umlage. Ein Perpetuum mobile der Geldvernichtung.

Die wahren Profiteure des Systems

Wer profitiert wirklich? Nicht die Bürger vor Ort, die mit Schattenwurf, Infraschall und zerstörten Landschaften leben müssen. Es sind die großen Projektierer, die Investmentfonds und die Grundstücksbesitzer, die ihre Äcker für 50.000 Euro Pacht pro Windrad und Jahr zur Verfügung stellen.

Besonders perfide: Viele dieser Verpächter wohnen gar nicht mehr in den betroffenen Gemeinden. Sie kassieren aus der Ferne, während die Nachbarn die Zeche zahlen.

Der große Bluff mit den Arbeitsplätzen

Immer wieder hören wir das Märchen von den Arbeitsplätzen durch Windkraft. Die Realität sieht anders aus: Ein Windpark mit 10 Anlagen schafft vielleicht 2-3 dauerhafte Jobs für Wartungstechniker. Die meisten davon gehen an spezialisierte Servicefirmen aus dem Norden.

Gleichzeitig verlieren Regionen ihre touristische Attraktivität. Wer will schon Urlaub zwischen 250 Meter hohen Industrieanlagen machen? Hotels schließen, Gastronomen geben auf, ganze Dörfer veröden.

Die ökologische Katastrophe

Was die Windkraft-Lobby verschweigt: Für jedes Windrad werden

bis zu 5.000 Tonnen Beton in den Boden gepumpt. Fundamente, die niemals wieder entfernt werden. Zuwegungen zerschneiden Wälder, seltene Vogelarten wie der Rotmilan werden zu Tausenden geschreddert.

Und das alles für eine Technologie, die bei Flaute keinen einzigen Kilowatt liefert. In Bayern stehen die Räder durchschnittlich 70% der Zeit still. Dafür opfern wir unsere letzten intakten Naturräume?

Das Nord-Süd-Komplott

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells ist nur ein Baustein in einem größeren Plan: Der Norden produziert den Strom, der Süden soll ihn teuer kaufen. Die geplanten Stromtrassen – SuedLink, SuedOstLink – sind nichts anderes als Gelddruckmaschinen für die Netzbetreiber.

Garantierte Renditen von 9% auf jeden investierten Euro, bezahlt vom Stromkunden. Während im Norden die Windräder sich drehen, sollen im Süden die Stromzähler rotieren.

Die versteckten Kosten

Niemand spricht über die wahren Kosten der Windkraft:

Wertverlust von Immobilien: Bis zu 30% Wertverlust für Häuser im Umkreis von 2 Kilometern

Gesundheitskosten: Schlafstörungen, Stress, psychische Belastungen durch permanente Geräusche

Infrastrukturkosten: Straßen müssen für Schwertransporte ausgebaut werden

Rückbaukosten: Pro Windrad 500.000 Euro – wenn die Betreiberfirma nicht vorher pleite geht

Der demokratische Betrug

Besonders bitter: Viele Gemeinden wurden mit falschen Versprechungen geködert. Man versprach Gewerbesteuerereinnahmen in Millionenhöhe. Die Realität: Nach wenigen Jahren werden die Windparks an Briefkastenfirmen in Luxemburg verkauft. Die

Gewerbesteuer fließt woanders hin, die Windräder bleiben.

Bürgerbeteiligung? Eine Farce! Bei den meisten Projekten dürfen Anwohner maximal symbolische Anteile zeichnen. Die echten Gewinne landen bei institutionellen Investoren.

Auch das Windkraft-Flächenziel wackelt

Und als wäre das noch nicht genug, haben Union und SPD noch einen zweiten Punkt im Koalitionsvertrag versteckt, der vielen Windkraft-Befürwortern schlaflose Nächte bereiten dürfte: Das ehrgeizige Ziel, bis 2032 ganze zwei Prozent der deutschen Fläche für Windräder freizugeben, soll auf den Prüfstand. Der Bundesverband Windenergie ist natürlich empört und meint, das sei viel zu früh – schließlich seien die meisten Flächen noch gar nicht ausgewiesen.

Aber mal ehrlich: Für unzählige Gemeinden und ihre Bewohner kann diese Überprüfung gar nicht früh genug kommen. Dieses starre Zwei-Prozent-Diktat ist doch völlig an der Realität vorbei! Da wird einfach beschlossen, dass jede Region – egal ob windig oder windstill – ihren Anteil an Windrädern abbekommen muss. Besonders absurd wird's in Süddeutschland, wo selbst an guten Tagen kaum ein Lüftchen weht. Trotzdem müssen die Kommunen krampfhaft Flächen ausweisen, koste es, was es wolle.

Viele Bürgermeister können ein Lied davon singen: Sie werden praktisch genötigt, ihre schönsten Wälder, Wiesen und Naherholungsgebiete für gigantische Windräder herzugeben – nur damit irgendeine Statistik in Berlin stimmt. Dabei weiß jeder vor Ort, dass diese Anlagen dort niemals wirtschaftlich laufen werden. Es ist höchste Zeit, dass dieser Irrsinn endlich hinterfragt wird. Wir brauchen keine Planwirtschaft bei der Energiewende, sondern gesunden Menschenverstand: Windräder gehören dorthin, wo auch Wind weht – und nicht in jeden Wald, nur weil's eine Quote zu erfüllen gibt.

Die Alternative wird totgeschwiegen

Warum redet niemand über dezentrale Lösungen? Photovoltaik auf jedem Dach, Kleinwasserkraft, Biomasse aus regionalen Quellen – all das wäre effizienter und bürgernäher als gigantische Windparks. Aber damit lässt sich kein großes Geld verdienen.

Was jetzt passieren muss

Die Abschaffung des Referenzertragsmodells könnte der Anfang vom Ende des Windkraft-Wahns sein. Endlich würde sich zeigen, dass Windräder im Binnenland ökonomischer Unsinn sind.

Unsere Forderungen:

Sofortiger Stopp aller Windkraftprojekte in windschwachen Gebieten

Mindestabstand von 10H (10x Nabenhöhe) zu Wohnbebauung

Komplettes Verbot von Windkraft in Wäldern und Schutzgebieten

Rückbauverpflichtung mit Sicherheitsleistung VOR Baubeginn

Echte Bürgerbeteiligung mit Vetorecht für betroffene Gemeinden

Fazit: Der Kaiser ist nackt

Die mögliche Abschaffung des Referenzertragsmodells entlarvt die Windkraft als das, was sie schon immer war: Ein subventionsgetriebenes Geschäftsmodell auf Kosten von Natur, Landschaft und Lebensqualität.

Wenn selbst mit massiven Zuschlägen kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, sollten wir endlich den Mut haben zu sagen: Diese Technologie gehört nicht in unsere Kulturlandschaften.

Es ist Zeit, dass die schweigende Mehrheit aufsteht und NEIN sagt zu diesem Irrsinn. Bevor es zu spät ist und unsere Heimat endgültig zur Industrielandschaft verkommen ist.

Quellen/ Belege:

<https://www.schwaebische.de/wirtschaft/stoppt-ein-einziges-wort-die-windkraft-in-baden-wuerttemberg-energiewende-3490903>

Berichtet über die Passage im Koalitionsvertrag (Zeile 1042-1044): „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“

<https://www.bmwk-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/04/Meldung/direkt-erklaert.html>

Erklärt die Funktionsweise des Referenzertragsmodells

<https://www.agora-energiewende.de/publikationen/verguetung-von-windenergieanlagen-an-land-ueber-das-referenzertragsmodell>

Studie zur Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells

Leserbriefe



Wie versprochen, veröffentlichen wir hier die eingegangenen Leserbriefe:

Nach unseren letzten Beiträgen haben uns zahlreiche Rückmeldungen erreicht – per E-Mail, über soziale Medien und sogar handgeschrieben per Post. Es zeigt sich einmal mehr: Das Thema bewegt die Menschen, regt zum Nachdenken an und sorgt für angeregte Diskussionen. Genau das war unser Ziel.

Ob zustimmend, kritisch oder nachdenklich – Ihre Meinungen sind für uns ein wertvoller Kompass. Sie spiegeln wider, was unsere Leserinnen und Leser denken, fühlen und fordern. Deshalb möchten wir auch nicht nur berichten, sondern Raum für den Dialog schaffen.

An dieser Stelle geben wir Ihnen das Wort – ungefiltert, ehrlich und vielfältig. Denn Ihre Stimmen gehören genauso zur Debatte wie unsere Recherchen.

Leserbrief #1

Ich möchte mich zu eurer Kritik am Bau der Windkraftanlagen und eurem Argument der Rodung von 1,2 Hektar Wald äußern, weil mir das Thema wirklich am Herzen liegt – als jemand, der den Wald liebt und der gleichzeitig Klimaschutz für dringend nötig hält.

Mir fällt auf, wie oft in der Diskussion gesagt wird, dass durch Windkraft „unwiederbringlich“ Wald zerstört wird. Das klingt erst mal dramatisch, aber wenn ich genauer hinschaue, stimmt das so pauschal einfach nicht. Die Flächen, die für Windräder gerodet werden, werden meist an anderer Stelle wieder aufgeforstet oder durch ökologische Maßnahmen ausgeglichen. Das wird leider oft gar nicht erwähnt.

Außerdem ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zu anderen Energieformen wirklich gering. Für eine Windkraftanlage

braucht man nur einen kleinen Teil des Waldes, meist für Wege und das Fundament. Der Großteil bleibt stehen oder wird später sogar wieder in einen natürlichen Zustand gebracht. Und die Standorte sind meistens so gewählt, dass keine alten, wertvollen Waldbestände betroffen sind, sondern Flächen, die sowieso schon forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ich finde auch, dass das Argument, hier würde einfach „Natur zerstört“, den eigentlichen Zusammenhang übersieht: Unsere Wälder werden durch den Klimawandel – durch Trockenheit, Stürme und Schädlinge – viel mehr bedroht als durch einzelne Windkraftanlagen. Wenn wir wirklich etwas für den Erhalt des Waldes tun wollen, dann brauchen wir die Energiewende – und Windkraft spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Mir ist bewusst, dass der Eingriff in die Natur immer gut überlegt sein muss. Aber mit Ausgleichsmaßnahmen und einer klugen Planung lohnt sich der Schritt. Ganz ehrlich: Die Rodung von 1,2 Hektar ist im Verhältnis zum Nutzen für den Klimaschutz und die Zukunft unserer Wälder ein vertretbarer Preis.

Ich wünsche mir, dass wir diese Diskussion weniger emotional und dafür sachlicher führen. Für mich ist klar: Die Energiewende und der Schutz des Waldes gehen zusammen, wenn wir es richtig machen.

Jasmin Walter

Leserbrief #2

Mit großer Zustimmung habe ich Ihre Ausführungen zur Zerstörung unseres Waldbodens gelesen – und ich möchte Ihnen beipflichten: Was sich manche Waldbesitzer erlauben,

ist schlichtweg unverantwortlich.

Es ist eine wissenschaftlich belegte Tatsache, dass ein einziger Zentimeter Waldboden bis zu 100 Jahre benötigt, um zu entstehen. Und doch wird dieser wertvolle Lebensraum rücksichtslos von schweren Maschinen zerfahren, planiert und geschändet – als wäre er beliebig ersetzbar.

Wer so mit unserem natürlichen Erbe umgeht, handelt nicht nur kurzsichtig, sondern zerstört aktiv die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Solches Handeln darf nicht länger als „wirtschaftliche Nutzung“ verharmlost werden. Es ist ein Angriff auf das Ökosystem, auf die Artenvielfalt – und letztlich auf uns alle.

Ich danke der Bürgerinitiative Pronatur für ihren unermüdlichen Einsatz und fordere: Schluss mit der industriellen Vergewaltigung unserer Wälder! Nachhaltigkeit darf kein leeres Wort bleiben.

Nina Mayer

Leserbrief #3

Wenn wir uns zu Recht gegen die Industrialisierung unserer Landschaft wehren, dann sollten wir auch den Mut haben, die ganze Wahrheit auszusprechen. Jedes Mal, wenn ich sehe, wie sich Menschen empört über „Vogelschredder“ aufregen, nur um sich in der Pause ihr Wurstbrot aus Massentierhaltung schmecken zu lassen, frage ich mich: Wie glaubwürdig sind wir eigentlich?

Die traurige Realität ist, dass wir uns mit unserer selektiven Empörung selbst belügen. Während wir gegen Windräder kämpfen, die für Vögel und Wildtiere gefährlich sind, finanzieren wir mit unserem täglichen Konsum eine Agrarindustrie, die systematisch Lebensräume zerstört und

millionenfaches Tierleid verursacht. Für Weiden und Futtermittelanbau werden Wälder gerodet, Böden vergiftet und Artenvielfalt vernichtet – alles für Schnitzel und Wurst, die am Ende ohnehin im Müll landen. Und dann wundern wir uns, warum die Insekten verschwinden und die Vögel verstummen?

Es ist an der Zeit, diese Doppelmoral zu beenden. Wer wirklich Naturschutz will, darf nicht nur gegen Windräder sein, sondern muss auch seinen eigenen Lebensstil hinterfragen. Die größte Bedrohung für unsere Tierwelt kommt nicht nur von Rotoren, sondern von einer Landwirtschaft, die Natur zur Ware macht und Tiere zu Produktionsgütern degradiert. Jedes Mal, wenn wir billiges Fleisch kaufen, machen wir uns mitschuldig an diesem System.

Ich verlange von dieser Bewegung, endlich konsequent zu sein. Entweder wir nehmen den Schutz von Tieren und Lebensräumen ernst – dann aber bitte ganzheitlich und ohne Ausreden. Oder wir geben offen zu, dass es uns in Wahrheit nur um unser eigenes Wohlbefinden geht, nicht um die Natur.

Nicole Bauer

(Veganerin und Umweltaktivistin und Windradgegnerin)

Leserbrief #4

Es wird höchste Zeit, dass wir uns als Gesellschaft wieder klar machen, wie sensibel unser ökologisches Gleichgewicht ist – und welchen Einfluss der Mensch auf elementare Prozesse wie den Sauerstoffkreislauf hat.

Unsere Atmosphäre besteht zu etwa **21 % aus Sauerstoff**, doch dieser Anteil ist nicht selbstverständlich. Er wird zu einem Großteil durch Wälder, Moore, Algen und andere

Pflanzen permanent neu produziert. Gleichzeitig steigt der **CO₂-Anteil**, nicht zuletzt durch menschliches Handeln: Verkehr, Industrie, Massentierhaltung und die rücksichtslose Abholzung von Wäldern treiben die Emissionen kontinuierlich in die Höhe.

Allein im Jahr 2023 hat die Menschheit rund **36 Milliarden Tonnen CO₂** freigesetzt – eine erschreckende Zahl, die uns nicht kaltlassen darf. CO₂ macht aktuell „nur“ etwa **0,04 % der Atmosphäre** aus, doch dieser geringe Anteil reicht schon, um das Klima spürbar aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wenn wir Wälder zerstören, vernichten wir nicht nur die „grüne Lunge“ unseres Planeten, sondern beschleunigen eine Spirale, die wir irgendwann nicht mehr stoppen können. Jeder Hektar, der verloren geht, verschlechtert die Sauerstoffproduktion und erhöht die CO₂-Konzentration – mit langfristigen Folgen für Gesundheit, Klima und Artenvielfalt.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit und wünsche mir, dass mehr Menschen begreifen: Der Wald ist kein Wirtschaftsgut – er ist Lebensgrundlage.

Thomas Berger